

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	67 (1975)
Heft:	3-4
Artikel:	Gesellschaftspolitische Vorstellungen und Forderungen der Frauen
Autor:	Gassmann, Rita
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-354738

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesellschaftspolitische Vorstellungen und Forderungen der Frauen

Rita Gassmann

Eigentlich müsste ich diesen vorgegebenen Titel für meine nachfolgenden Ausführungen ablehnen in der Meinung und Überzeugung, dass schon diese Überschrift ein Widerspruch zu unseren gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Zielsetzungen darstellt. Es ist deshalb notwendig, auf den Stellenwert und das Selbstverständnis der Frauenorganisationen in der Arbeiterbewegung einzutreten und kurz ihre Aufgaben und Ziele darzustellen.

Befreiung aus Abhängigkeit und die Gleichstellung aller war und ist für die Arbeiterbewegung kein «Frauenproblem» oder gar eine typische Forderung der Frauen. *Sogenannte Frauenfragen* treffen und betreffen immer die gesamte Gesellschaft, – sie müssen gemeinsam mit den Männern gelöst werden, es geht letztlich um Lebensqualität und Menschenwürde für alle. Das Leitbild der sozialdemokratischen Bewegung findet dafür eine treffende Formulierung:

«Das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung ist die Überwindung jeder Form der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Ihr Leitbild ist eine Gesellschaft, in der sich der Mensch nach seinen Neigungen und Fähigkeiten frei zu entfalten vermag.»

In der Verwirklichung dieser grossartigen Zielvorstellung gibt es gewisse Aufgaben, die vorerst von Frauen noch besser gelöst werden können: ich denke da hauptsächlich an die geistige und seelische Mobilisierung der heute noch uninteressierten und politisch nicht engagierten Frauen, die sich durch eine «Männerpartei» nicht ansprechen lassen.

Eine auf *völlig überholte Rollenfixierung* ausgerichtete Erziehung, die zudem in den oberen Schichten unserer Gesellschaft noch durch weitere entsprechende Bildungsmöglichkeiten vertieft wurde und immer noch wird, *führte zu einem völligen Abseitsstehen der Frauen* und zur Schaffung ihrer eigenen, auf Schablonen der Konsumwerbung, der Dienerin am häuslichen Herd und am Arbeitsplatz, ausgerichteten Welt. Daraus erklärt sich in der Hauptsache die jahrhundertlang geübte Distanz zu den Sachzwängen im wirtschaftlichen, politischen oder beruflichen Bereich. Sie hatten bis heute nie die Gelegenheit, in einer freien und offenen Atmosphäre ihre Erfahrungen, Meinungen und auch ihre Gefühle einzubringen, um darauf zu bestehen, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind und entsprechend behandelt werden möchten. Auch sie möchten befähigt werden, die Ordnung ihres gesellschaftlichen Lebens weitgehend

selbst in die Hand zu nehmen. Es soll ein *Verhalten erreicht werden*, das bereit und fähig zum *solidarischen Engagement* macht.

Diese Fähigkeit zur Selbst- und Mitbestimmung kann nicht einfach verordnet werden, auch sie muss man erlernen und einüben, sie ist die Grundlage demokratischer Verhaltensform. Es geht also um mehr, als nur um Anpassung an eine vorgegebene Männerwelt, es geht darum, *die Frauen an die Politik heranzuführen*, ihnen Hilfestellung zu geben, sie so zu motivieren, dass sie bei Gelegenheit jederzeit eigene Gedanken über ihre Situation in der Familie, in der Gesellschaft oder am Arbeitsplatz machen und sich überlegen, wie sie ihren Status und den aller Frauen, Männer und Kinder verbessern können.

Diese Hilfestellung muss für mindestens die nähere Zukunft noch durch unsere Frauenorganisationen übernommen werden. Sollte der Prozess der Bewusstseinsbildung bei Frauen und Männern einmal soweit sein um zu erkennen, dass sie alle die gleichen Grundbedürfnisse und auch die gleichen Ängste haben, wird sich eine Solidarität auch in tieferen Bereichen als nur den ökonomischen einstellen. Es wird eine Gesellschaft möglich werden, in der Frau und Mann gleich, verheiratete und unverheiratete Frau und auch berufstätige und sogenannte «Nur»-Hausfrau gleich sind. Neue Normen werden möglich und viele unbewusste Mechanismen, die den heutigen politischen Alltag erhalten, werden verschwunden sein. Bis dahin wird noch ein langer und beschwerlicher Weg vor uns liegen.

Sicher konnten in den letzten Jahren einige *Fortschritte in der Gleichstellung erreicht werden*, doch viele dieser Zugeständnisse sind als *konjunkturbedingte Emanzipation* zu betrachten. Das heisst, dass bei Rückgang der Konjunktur nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch diese – zumeist optischen – Fortschritte wieder abgebaut werden. Dabei werden die berufstätigen Frauen heute noch auf wenig Verständnis und wenig Solidarität bei den nichterwerbstätigen Frauen stossen. Nach wie vor ist es ein begehrtes Ziel, das besonders in Arbeiterkreisen tief verwurzelt, ansonsten aber bürgerlich ist, einmal nicht mehr arbeiten zu müssen und nur Hausfrau spielen zu können, während die bürgerlichen Frauen dieses Ideal aufgegeben haben und ihre Selbsterfüllung wieder im ausserhäuslichen Bereich, im Beruf, anstreben. Hier liegt mit einer Aufgabe der Männer, die damit verbundenen Vorstellungen und Einschätzungen abzubauen.

Frauen müssen also das Recht und die Möglichkeit haben, untereinander ihre Probleme, Ziele, Wege und Möglichkeiten zu diskutieren, zu formulieren und verschiedener Ansicht zu sein. Männer müssen Kenntnis nehmen vom Tun und von den Leistungen der Frauen, denn ihr Engagement gibt der Politik eine neue Qualität und neue Dimensionen. Überdies wissen die in der Politik bereits erfah-

renen Frauen und Männer, dass nur derjenige auf solidarischen Einsatz zählen kann, der sich selbst engagiert, seine Ansprüche vertritt und auch Mut macht zu kämpfen. Wir können ohne Überheblichkeit darauf verweisen, dass viele Denkanstösse, Impulse und Initiativen aus der Frauenbewegung unsere «immer noch Männerpartei» oder «Männergewerkschaften» dazu gebracht haben, sich mit unseren Problemen zu befassen und sich dafür zu engagieren. Ein neueres Beispiel dafür ist die *Vernehmlassung über den Bericht der Nationalen UNESCO-Kommission «Untersuchung über die Stellung der Frau in der Schweiz»*. Diese Untersuchung versuchte herauszufinden und zu begründen, warum die Frauen in der bestehenden Gesellschaft wenig oder gar keine Befriedigung oder gar Selbstverwirklichung finden, und warum Impulse, ihr Leben, ihre Lage und die ihrer Familie – auch politisch – zu verändern, sich gar nicht erst entwickeln. Diese Untersuchung, die durch das Soziologische Institut in Zürich unter der Federführung von Thomas Held und René Levy durchgeführt wurde, stand allen interessierten Parteien und Verbänden zwecks Vernehmlassung zur Verfügung. Diese ziemlich aufwendige Studie ist übrigens auf eine, von unserem ehemaligen SGB-Präsidenten und Nationalrat Hermann Leuenberger eingebrachte Motion zurückzuführen. Für die zuständigen Instanzen der SPS war es eine Selbstverständlichkeit, das Vernehmlassungsverfahren nach dem Prinzip der Betroffenheit durchführen zu lassen, das heisst, die Frauengruppen konnten ihre Meinungen und ihre Forderungen an einer schweizerischen Präsidentinnenkonferenz, bei der auch Gewerkschafterinnen mitwirkten, in Arbeitsgruppen erarbeiten und formulieren. Die resultierenden Arbeitspapiere wurden anschliessend zu einem abschliessenden Bericht zusammengezogen, von der Geschäftsleitung der SPS übernommen und schliesslich dem Bundesrat eingereicht.

Unsere *Forderungen*, die im Namen der SPS eingereicht wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Innerfamiliäre Situation

Dass die grösste Diskriminierung der Frau nicht im ausserhäuslichen, sondern im innerfamiliären Bereich liegt, war wohl die für alle Kreise bemerkenswerteste Überraschung.

Die Untersuchung weist mit aller Deutlichkeit auf die gesetzliche Zementierung der traditionellen Rollenzuteilung in der Familie hin. Als ersten Schritt zur Besserstellung der Frau sehen wir, die Revision des Familienrechts voranzutreiben. Die Familie im heutigen Sinn soll allerdings nicht alleiniger Wertmassstab in der Gesellschaftsordnung gelten. Neue Formen des Zusammenlebens sollen rechtlich und gesellschaftlich anerkannt werden. Das traditionelle Rollenbild – Mann = Verdiener, Ernährer, Haupt der Familie; Frau = Hausfrau und Erzieherin – wird abgelehnt.

Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele:

- Kinder sollen nicht auf ein starres Männer- oder Frauenideal hinzogen werden.
- Sexualerziehung für Mädchen und Knaben ist unerlässlich. Der Gefühlerziehung ist grösste Beachtung zu schenken.
- Zur Bekämpfung der «vaterlosen Gesellschaft» ist die Möglichkeit zur Berufstätigkeit von Männern und Frauen gleichermassen bei erheblich verminderter Arbeitszeit auszubauen.
- Die Schaffung von Einrichtungen in Stadt und Land nach neuesten psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen (Kindertagesstätten, Ganztagsesschulen, Servicehäusern usw.) zur Ermöglichung der Berufstätigkeit beider Ehegatten ist vorzusehen.
- Die Gleichberechtigung der Frau ist durch einen entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung abzusichern.
- Das Prinzip gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit soll durch rechtliche Voraussetzungen verankert werden.
- Die Massenmedien sollen in den Dienst eines objektiven Frauenbildes gestellt werden.
- Familienberatungsstellen sollen für jedermann und unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Bildung

Die Benachteiligung des weiblichen Geschlechts auf dem Bildungssektor ist sehr leicht nachzuweisen und wird deshalb kaum bestritten. Eine völlig formelle und materielle Gleichbehandlung der Mädchen in allen Bereichen und auf allen Stufen des Bildungswesens ist selbstverständlich als Nahziel zu betrachten.

Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels sind:

- Sämtliche Unterschiede in den Lehrplänen aller Stufen zwischen Knaben- und Mädchenbildung müssen aufgehoben werden.
- Dasselbe gilt für sämtliche Lehrinhalte. Das Frauenbild in den Lehrbüchern ist der Wirklichkeit anzupassen.
- Berufsberatung soll möglichst objektiv, das heisst losgelöst vom traditionellen Rollenbild vorgenommen werden.
- Die Vorbereitung auf die Berufswahl soll schon während der obligatorischen Schulzeit beginnen, anderseits hat auch die Schule während der Berufslehrzeit der Allgemeinbildung Rechnung zu tragen.
- Die Vorbereitung auf die Aufgaben als Erzieher der Kinder, auf das Leben in der Familie, auf die Aufgaben in Staat und Gesellschaft, darf im obligatorischen Unterricht nicht fehlen.
- Zur Weiterbildung und Wiedereingliederung sind die nötigen Einrichtungen zu schaffen.

Beruf

Im Zusammenhang mit der Bildung wurde die Situation im Beruf bereits berücksichtigt und entsprechende Forderungen aufgestellt. Vor allem finden wir befremdend, dass – nach Angaben des UNESCO-Berichts – im Jahre 1960 nur 17 Prozent der verheirateten Frauen ohne Kinder berufstätig waren. Daran sieht man, wie sehr die «Befreiung» von der Berufsausübung für die Ehefrau in gewissen Kreisen als Statussymbol galt. Wir bezweifeln, dass sich in den dazwischenliegenden vierzehn Jahren viel geändert hat. Der Grundsatz der Lohngleichheit oder der Chancengleichheit bei den Aufstiegsmöglichkeiten ist nirgends durchgesetzt.

Die mangelnde Berufsausbildung, die den Zugang zu befriedigenden Tätigkeiten erschwert, die Überbelastung der berufstätigen Mütter, die allgemeine Schlechterstellung der Frau in der Arbeitswelt, das Fehlen genügender familienergänzender Einrichtungen und die sozialen Normen, die die ausserhäusliche Tätigkeit der Mutter als unnatürlich und schädlich für die Entwicklung der Kinder rundweg darstellen, erachten wir als Ursachen dafür, dass einem grossen Teil verheirateter Frauen die Berufsausübung als wenig erstrebenswert erscheint. Im Steuerwesen ist eine Lösung anzustreben, die der getrennten Besteuerung von Mann und Frau gleichkommt. Der bezahlte Urlaub von Vater oder Mutter bei Erkrankung der Kinder und der Mutterschaftsurlaub müssen gesetzlich verankert werden.

Öffentlichkeit, Politik

Erfahrungsgemäss ist die politische Aktivität der Frauen in der Schweiz noch äusserst gering. An Abstimmungen und Wahlen beteiligen sie sich prozentual in geringerem Ausmass als die Männer. In Parlamenten sind sie zum grossen Teil sehr schwach vertreten. In der Exekutive sind sie kaum anzutreffen. In den politischen Parteien und Gewerkschaften stellen sie einen sehr kleinen Prozentsatz. Die Gründe dafür werden in der mangelnden staatsbürgerlichen Bildung der Mädchen und im mangelnden Selbstvertrauen vermutet. Massgebend für die SP Schweiz ist die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung für jeden Menschen, was eine weit grössere Toleranz von Seiten der Gesellschaft voraussetzt.

So darf die öffentliche Aktivität der Frauen nicht länger als ein Vordringen in die Welt der Männer angesehen werden. Unsere demokratische Staatsordnung ist auf das Mitwirken vieler angewiesen. Es soll zur Selbstverständlichkeit werden, dass unter den «vielen» etwa die Hälfte Frauen sein werden.